



Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 2,70, in Poln.-Oberschl. monatlich 2,70 Zloty, im Voraus zahlbar bei Haus. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 2,70 Zloty — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streit und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückstattung des Bezugspreises

Deutschlands Regierungsmänner

Das Kabinett der Arbeit

© Berlin, 20. Januar.

Das Kabinett Luther steht. Es hat sich wieder herausgestellt, daß es recht schwierig ist, für eine Regierung, deren parlamentarische Grundlage schwankend, deren Amtsdauer also ungewiß ist, hervorragende Fachleute als Minister zu gewinnen. Parlamentarier können viel leichter zwischen dem Parteiführer und dem Ministerposten hin und her wechseln; Männer der Praxis müssen ihr ganzes persönliches Leben umstellen und oft große Opfer bringen, wenn sie in die Regierung eintreten. Wer tut das gerne für ein paar Monate? So ist es denn nicht verwunderlich, daß auch Dr. Luther, nachdem die Schwierigkeiten mit den Fraktionen überwunden waren, viel Mühe mit den Personalfragen hatte.

Diese Übergangsforgänge bedeuten jedoch wenig gegenüber der Tatsache, daß nun endlich doch ein Reichskabinett zustande gekommen ist. Die größte Befriedigung liegt ihm gegenüber das Zentrum auf. Man kann, wenn man sich einmal auf den parteipolitischen Standpunkt stellt, diese Zurückhaltung verstehen; hat doch das Zentrum seinen Parteiführer Marx das Reichskanzleramt niederlegen lassen und den Fraktionsbeschluss vom Dezember, der den Anschluss nach rechts verweigerte, aufgeben müssen. Man darf dieser Partei also goldene Früchte gönnen und soll ruhig anerkennen, daß sie erst die Kabinettsbildung ermöglichte. Es ist eine neue Art der Mischung von parlamentarischen und Sachministern unter ganz loser Bindung der Fraktionen gefunden worden, die dem Zentrum Anlaß zu einer neuen Stellungnahme geben konnte und den Versuch mit dieser Form des Parlamentarismus als lohnend erscheinen läßt. Wir hätten dieser Lage sogar von einem der bekanntesten Parteiführer die Frage aufwerfen, ob hier nicht vielleicht der Anlaß zu der Regierungsart zu finden sei, die den deutschen Verhältnissen am besten entspräche. Die „reinen“ Fraktionspolitiker dagegen sehen auf die Sachminister mit schiefen Augen, weil man die bei allen Kabinettswechseln nicht wieder los“ werde. In unseren Augen ist das ein Vorzug des in Deutschland heranzubildenden Systems, daß wenigstens in einigen Ministerien Sachpolitik herrscht. Der Retort an Regierungen, denen er schon angehört hat; hält ja Dr. Gehler, aber auch Dr. Brauns, Dr. Stresemann, Dr. Luther und Graf Kanitz haben nun schon mehrere Kabinettskrisen überlebt. Das ist doch gewiß nur erfreulich.

Das Kabinett Luther ist kein „Reichskabinett“. Die meisten seiner Minister lehnen nicht grundsätzlich die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ab, sondern haben nur gegenwärtig, da die Volksgemeinschaft nicht zu erretzen ist, eine Wiederherausbildung der rechtsgerichteten Kräfte an den Staat für die wichtigste Aufgabe. Auch von einer antirepublikanischen Tendenz kann keine Rede sein. Man soll die Kubrierung unterlassen und das Kabinett Luther ein Kabinett der Arbeit nennen. Dr. Luther selbst ist gewiß kein Mann der Rechten, überhaupt kein Parteimann, sondern ein Mann der ersten, sachlichen Arbeit im Dienste des Allgemeinwohl. Und er hat Temperament und Willen genug, um die Leute zuzudecken, die ihm andere Ansichten unterstellen. Man sucht ihn zu distanzieren, indem man sagt, er sei kein „Politiker“, weil er bisher in der „schweren“ Reformarbeit aufgegangen war. Sein Parteipolitiker — das ist aber. Aber viele große Politiker waren keine Parteimänner. Was Dr. Luther als Reichskanzler zu leisten vermag, soll er nun bewahren.

Frankreichs Enttäuschung

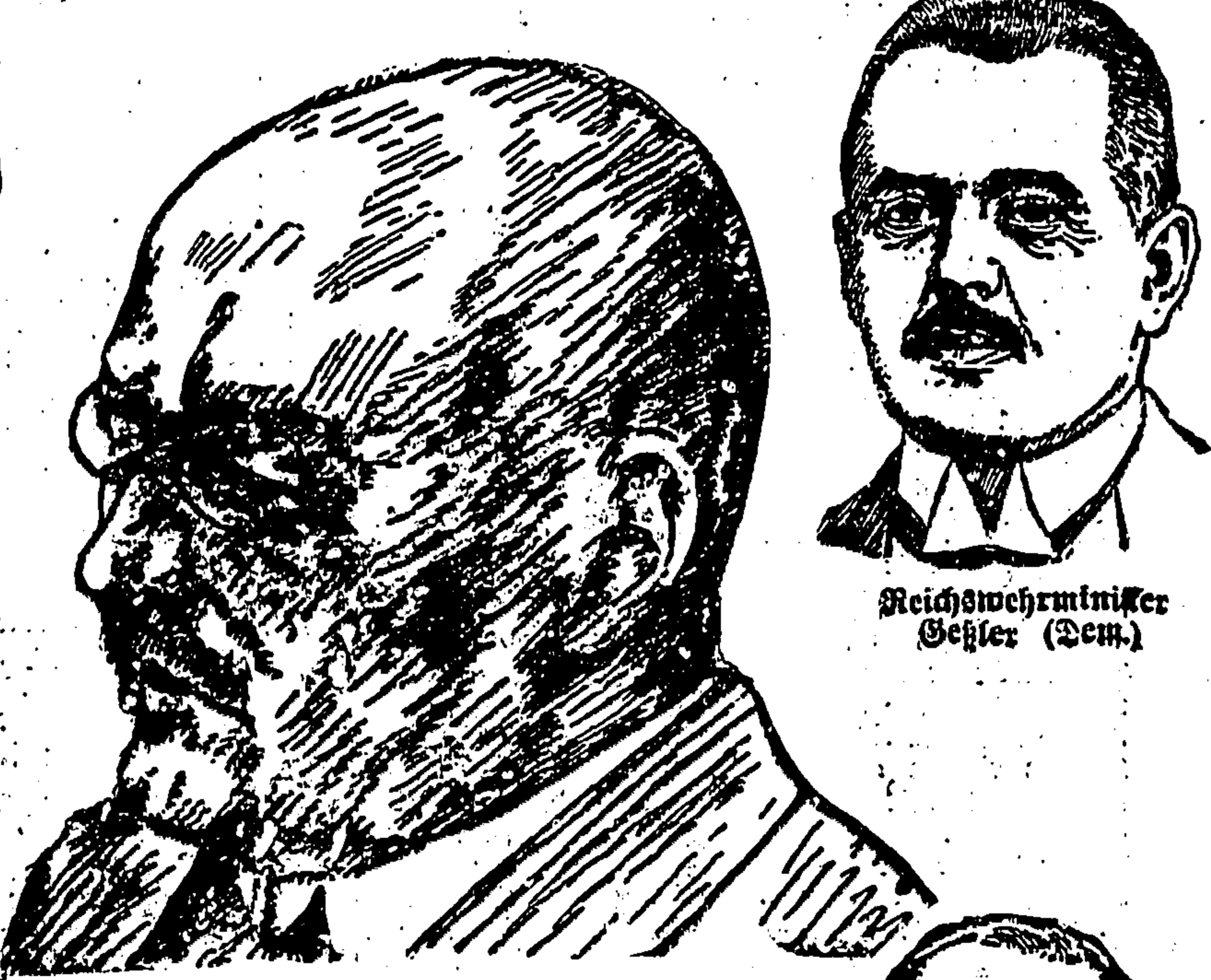
Paris, 19. Januar. Echo de Paris veröffentlicht einen ausführlichen Bericht seines Berliner Korrespondenten über den Verlauf der Reichsgründungsfeier. Die Gedächtnisfeier der Gründung Deutschlands lasse den Fortschritt, den die Verbündeten gelegentlich der Unterzeichnung des Waffenstillstandes begangen haben, erneut hervorheben. Anstatt mit jedem der Bundesfürsten einzeln zu verhandeln, sagt das Blatt, haben wir die Einheit des Reiches gefestigt, indem wir nur mit Deutschland verhandeln wollten und die Verfassung von Weimar hat diesen schweren Fortschritt endgültig besiegelt. Die auf die Sonderbündnisse und den Separatismus geleiteten Bestrebungen haben enttäuscht und Deutschland ist das Anzeichen einer Spaltung erspart geblieben. Jetzt nach dem Waffenstillstand ist die Einheit des Reiches vollständig gesichert.

Grafin bei Herriot

Paris, 20. Januar. Der russische Botschafter Grafin wurde gestern nachmittag von dem Präsidenten der Republik empfangen.



Arbeitsminister Dr. Brauns (Zentr.)



Reichskanzler Dr. Luther.



Reichswehrminister Gehler (Dem.)



Reichsminister Schiele (Zentr.)



Reichsernährungsminister Graf Kanitz.



Außenminister Stresemann.

Einsetzen der Parteipolitik

Cb. Berlin, 20. Januar. (Eig. Ber.) Heute vormittag 10 Uhr werden die Besprechungen der Fraktionen fortgesetzt. In der heute beginnenden politischen Debatte wird zunächst für die Sozialdemokraten Herr Dr. Breitscheid das Wort ergreifen.

Cb. Berlin, 20. Januar. (Eig. Ber.) Entschlüsse der Fraktionen zur Regierungsbildung

liegen bis zur Stunde nicht vor. Wesentliche Änderungen der bereits festgelegten Haltung der Fraktionen sind auch nicht zu erwarten. Die Demokraten haben sich nochmals mit der Frage eines Mindertrauens-Votums befaßt und alle gegen drei Stimmen abgelehnt, ein Mindertrauens-Votum einzubringen, oder ein solches zu unterstützen.

Neue Minister

Eu. Berlin, 19. Januar. Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung gab Reichstagspräsident Loh von einem Schreiben des Reichskanzlers Dr. Luther Kenntnis, in dem er die bereits bekannten Ministerbestimmungen mitteilte. Nach einem weiteren Schreiben hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Ministerial-Direktor Otto von Schlieben zum Reichsfinanzminister und den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Rudolf Kishne zum Reichsverkehrsminister ernannt.

„International“

R. Rotterdam, 20. Januar. Wie Daily Herald meldet, hat die Sonntagssitzung der Arbeiterpartei mit allen gegen 14 Stimmen einen Antrag an Belgien, der eine Interpellation der Arbeiterpartei im Parlament gegen die Nichträumung Belgiens verlangt hatte.

Geschlossene Linksrfront

C. Berlin, 20. Januar. (Eig. Ber.) Aus Kreisen der Linksparteien wird bekannt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Sozialdemokraten und Kommunisten demnächst eine gemeinsame Kampfrfront gegen die neue Regierung bilden werden.

Cb. Berlin, 20. Januar. In den Gewerkschaften machte gestern abend Herr Wolz die ersten Andeutungen von einem tatsächlichen Zusammengehen mit den Kommunisten.

Das Häufelziel beginnt

Berlin, 20. Januar. (Eig. Ber.) Die Kommunisten wollen ihre Störungsversuche im Reichstag fortsetzen. Infolgedessen ist mit kürzeren Maßnahmen vor und im Reichstag in den nächsten Tagen zu rechnen. Der Zentrums-Abgeordnete und frühere Reichskanzler Dr. Wirth hat bereits gestern im Reichstag zu Journalisten erklärt, er werde seinen Einfluß in Parteien und Reichstag einsetzen, um dieser Regierung die Lebensdauer so kurz wie möglich zu bemessen.

Deutschland als Geldgeber

Cb. Rotterdam, 20. Januar. (Eig. Ber.) Die Wornin-post meldet aus Berlin, daß eine deutsche Anleihe an Belgien vor dem Abschluß steht. Es handelt sich um einen Betrag von 150 Millionen Goldmark. Da die Zustimmung der Alliierten nach dem Versailler Vertrag notwendig ist, so ist man auf die Begründung des deutschen Antrags gespannt.

Barmat-Scandal

Untersuchung gegen Wohnungsbeamte

Berlin, 20. Januar. (Eig. Ber.) Im Barmat-Scandal ist Herr Reichspostminister a. D. Hoehe bisher zweimal von der Staatsanwaltschaft gehört worden. Die weitere Bemerkung des gewesenen Postministers als Zeuge findet vor dem Untersuchungsrichter am Donnerstag und Freitag statt.

Gegen drei Beamte des Berliner Wohnungsamtes ist die Untersuchung eingeleitet worden, weil sie den Verwandten der Familie Barmat Wohnungen zugewiesen haben, ohne daß diese Personen überhaupt auf der Liste der Wohnungssuchenden gestanden haben. Auch Richter und Holzmann verfügten über je drei Wohnungen, davon zwei mit je 3 Zimmern.

Arbeitszeit im Ruhrrevier

Eu. Bochum, 19. Januar. Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes hat auf ihrer Delegiertenkonferenz in Bochum folgende Entscheidung einstimmig angenommen. Für die Tagesarbeiter gilt grundsätzlich die achtstündige, für die Unterarbeiter die siebenstündige Schichtzeit. Wirtschaftlich notwendige im Interesse der allgemeinen Arbeit liegende Überarbeit ist von den Organisationen zu vereinbaren. Darüber hinaus ist jede Überarbeit abzulehnen. In den durchgehenden Betrieben (Kohlen-, Zement-, Zuckerraffinerie- und Maschinenfabriken) ist die achtstündige Schichtzeit ab 1. März 1925 wieder einzuführen.

Belastende Enthüllungen

Über die Kriegsschuld Poincarés

Rotterdam, 20. Januar. (Eig. Ber.) Die Zeitung l'Europe schließt die Veröffentlichung der Tagebuchblätter des ehemaligen Botschafters Louis in Petersburg mit neuen Enthüllungen ab, die wiederum für Poincaré und Sizovskij schwer belastend sind; u. a. wird ein Brief Poincarés veröffentlicht, der vom März 1914 stammt und den festen Willen ausdrückt, durch einen Krieg gegen Deutschland, Elsaß-Lothringen wieder zu gewinnen.

Eu. Paris, 19. Januar. Petit Journal veröffentlicht heute früh einen Brief Graf Jubeys und einer Entschuldigung Poincarés. Beide beziehen sich auf die Umstände, unter denen George Louis von seinem Petersburger Gesandtenposten abberufen wurde. Poincaré stellt fest, daß sämtliche französischen Regierungen, die in Frankreich aufeinander folgten, Rußland stets nahegelegt hätten, sowohl gegen Deutschland wie auch gegen Österreich Vereinigungsmöglichkeiten zu ergreifen. Seit dem Militärabkommen von 1892 seien diese Besprechungen in der Hauptsache zwischen den Generalstäben der beiden Länder geführt worden.

Die Retter Deutschlands

Der Eindruck der Ausländer

Rotterdam, 20. Januar. (Eig. Ber.) Der Courant meldet aus Berlin: Der allgemeine Eindruck bei den im Reichstag anwesenden ausländischen Journalisten war, daß so kühl und sachlich selten eine Kammerrede in dem Deutschland der Weimarer Verfassung gehalten worden ist, als am Montag durch Dr. Luther. Diesem Kabinett fehlt jede Begeisterung und jeder Schwung; deshalb vielleicht gerade wird es endlich das Kabinett der Arbeit und der Errettung für Deutschland werden.

Vom Völkerverbund

R. Rotterdam, 20. Januar. Die Evening Times melden aus Genf: Das Völkerverbandssekretariat gab den Ratmännern Kenntnis von dem polnischen Protest gegen den Völkerverbandskommissar in Danzig und gegen den Staat Danzig. Eine besondere Tagung des Völkerverbundes kommt kaum in Frage; die nächste Tagung des Völkerverbundes, die am 10. März beginnen sollte, ist auf Ende März bezw. Anfang April verschoben worden.

Räumung und Kontrolle

C. Berlin, 20. Januar. Der französische Kriegsminister hat am 15. Januar 11 neue Mitglieder der Kontrollkommission in Berlin ernannt, was auf keine baldigen Absau der Kontrolle schließen läßt. Der Pariser Temps meldete Sonntag früh aus diplomatischen Quellen, daß die Entscheidung über die Räumung der nördlichen Rheinlandszone und über die Militärkontrolle in keinem Falle vor Mitte April zu erwarten ist.